

Pof. Felix Rauner will verändern

Klaus Heimann

Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist im internationalen Vergleich mangelhaft. Eine neue Studie von Prof. Felix Rauner empfiehlt, sie künftig zentral zu steuern. Fast zwei Jahre Arbeit, mehr als 350 Seiten Papier und ein Ergebnis, das Experten bereits befürchtet hatten: Die duale Berufsausbildung in Deutschland ist längst nicht mehr zeitgemäß. Das ist das Ergebnis einer im Auftrag der Bertelsmann Stiftung erstellten Studie, die **wap** in der Kurzfassung veröffentlicht.

Alle drei Vergleichsländer der Untersuchung - Österreich, Dänemark und vor allem die Schweiz - schnitten deutlich besser ab als die Bundesrepublik. »Wir wussten seit langem, dass das deutsche System eklatante Mängel aufweist. Nun haben wir erstmals wissenschaftlich nachweisen können, was andere Länder besser machen und was wir daraus lernen können«, sagt Studienleiter Felix Rauner, Professor an der Universität Bremen und langjähriger Experte für die duale Berufsausbildung.

Insgesamt 25 Handlungsempfehlungen haben Rauner und seine Mitautoren erarbeitet, die weit über das hinausgehen, was als »Lehrstellenpakt« oder »Ausbildungs-offensive« sporadisch auf der politischen Agenda auftaucht. Und zwar immer dann, wenn Experten und Medien auf die sichtbarsten Schwächen der Berufsausbildung hinweisen: Zum Beispiel fehlende Lehrstellen in Ballungsgebieten und fehlende Bewerber im Osten.

Oder die zunehmende Überalterung der deutschen Bewerber, die inzwischen erst mit rund 20 Jahren ihre Ausbildung beginnen. Doch während Politiker die Ausbildungsmisere bislang oft mit kurzfristigen Finanzspritzen zu beheben versuchten, steckt für Rauner der Fehler bereits im

System: »Für die deutsche Berufsausbildung gilt ganz eindeutig das bekannte Bild: Zu viele Köche verderben den Brei. Vor allem dann, wenn alle in unterschiedlichen Küchen arbeiten und keiner weiß, was der andere gerade macht.« Das duale Ausbildungssystem ist in Deutschland so fragmentiert, dass auch Experten manchmal nur schwer überschauen können, wer nun wofür zuständig ist. Ähnlich geht es den beteiligten Akteuren. Schon Deutschlands konföderale Verfassung bedingt die Aufspaltung der Kompetenzen zwischen Bund und Ländern; für den betrieblichen Teil der Ausbildung ist die Wirtschaftspolitik zuständig; die Berufsschulen fallen in den Aufgabenbereich der Bildungspolitik; die Agentur für Arbeit übernimmt die Berufsberatung - und für etliche der rund 350 zugelassenen Ausbildungsberufe gelten noch mal ganz eigene Gesetze.

Allein die Zulassung eines neuen Ausbildungsberufes dauert so weit mehr als zwei Jahre. Aber auch die Kompetenzen seien nicht immer sinnvoll verteilt, sagt Felix Rauner. Zum Beispiel sei es wenig sinnvoll, dass sich die verschiedenen Kammern um formale Prüfungsangelegenheiten kümmern. Vielmehr seien sie als lokale und regionale Ansprechpartner gefragt, wenn es etwa darum geht, Ausbildungspartnerschaften zwischen verschiedenen Unternehmen zu organisieren.

Rauner will aber weder die Dualität zwischen den ausbildenden Betrieben und der Berufsschule abschaffen noch die Bundesrepublik zum Zentralstaat erklären. »Das Problem ist nicht, dass die Aufgaben verteilt werden, sondern dass wir keinen kompetenten Dirigenten haben, der das Gesamtchester leitet.« Diesen haben er und seine Kollegen nun

in der ebenfalls föderal verfassten Schweiz ausgemacht.

1999 wurde dort die Verfassung geändert, sodass seit 2004 ein einziges Rahmengesetz alle Belange der beruflichen Bildung regelt. Das Bundesamt für Berufsbildung und Technologie gibt nun zentral die Richtung vor, während die regionalen und lokalen Stellen für die Ausführungen, wie zum Beispiel konkrete Prüfungsinhalte oder die Bildung von Ausbildungskooperativen zuständig sind. »In der Schweiz gibt es 26 verschiedene Kantone und drei verschiedene Sprachregionen. Wenn sie es schafft, auch die Berufsausbildung zentral zu regeln, bin ich auch optimistisch für unsere Zukunft«, sagt Rauner.

Dass man dafür zunächst die Verfassung ändern muss, um - wie die Autoren empfehlen - das Schweizer Modell zu imitieren, hält Rauner für einigermaßen realistisch und die Gelegenheit für günstig. Erst in den vergangenen Wochen tourte Bundeskanzlerin Merkel im Rahmen ihrer »Bildungsreise« durch das Land, um neben Kindergärten und Gymnasien auch Berufsschulen und Lehrbetriebe zu besuchen. Und nach dem Pisa-Schub für die Schulen und der Elite-Offensive für die Universitäten könnte nun, so die Hoffnung der Studienautoren, auch das Berufsausbildungssystem ins Blickfeld von Politik und Öffentlichkeit gelangen.

Und falls der große Wurf nicht gleich gelingt, sind auch schon einzelne Schritte in die Richtung einer koordinierten Steuerung hilfreich, um die Auszubildenden besser für die Zukunft zu rüsten, so Rauner. Zum Beispiel die Einführung eines Berufsschulabschlusszeugnisses zum Ende der Berufsschule, das auch Teil der Abschlussprüfung wird. »Wie wollen Sie die jungen Leute moti-

vieren zu lernen, wenn das Ergebnis am Ende egal ist?«, fragt Rauner. Ebenso sinnvoll sei die Einrichtung sogenannter Kernberufe: Statt ständig neue Berufsbilder mit eigenen Ausbildungsordnungen zu etablieren, sollten nur noch Grundzüge zentral festgelegt werden, die dann, je nach den aktuellen Anforderungen, vor Ort ergänzt werden. Gerade auch im Zuge der europäischen Einigung ein sinnvolles Modell, um regionale Besonderheiten aufzufangen, zum Beispiel in der Landwirtschaft.

Ob im Großen oder zunächst im Kleinen - Reformen sind nach Ansicht der Studienautoren nicht nur notwendig, sondern auch wirtschaftlich sinnvoll: Auch heute arbeiten zwei Drittel der Arbeitnehmer im sogenannten intermediären Sektor. Und vor allem innovative und technisierte Branchen, die die wirtschaftliche Zukunft sichern sollen, sind weiter auf qualifizierte Facharbeiter angewiesen.

<http://neu.igmetall-wap.de/node/2908>

Bei der Bildung läuft was falsch

**Richard Sennett ist Gesprächspartner der IG Metall
Klaus Heimann**

Der amerikanische Soziologe Richard Sennett kritisiert in der neuen Ausgabe von ZEIT CAMPUS, dass es in England und den USA immer mehr praxisbezogene Studiengänge wie zum Beispiel "Hotelmanagement" gebe. Sennett wörtlich: „Solche Ausbildungen sind genauso wie die späteren Jobs. Das ist eine fürchterliche Art, ein Bildungssystem zu organisieren. Man muss viel grundsätzlichere Dinge lernen. Sie sollten an der Universität erst ein guter Wissenschaftler werden und dann schauen, wie Sie damit durch die Wirtschaft schwimmen können“.

Sennett bemängelt außerdem, dass die Organisation der Arbeit es nicht mehr zulasse, „wirklich profunde Dinge zu lernen“. Schuld hieran sei die Tatsache, dass „die lebenslange Anstellung durch viele kurze Jobs abgelöst“ werde. „Viele Firmen investieren nicht mehr in die langfristige Entwicklung ihrer Angestellten. Es ist billiger, einen Mitarbeiter mit den im Moment benötigten Qualifikationen kurzfristig einzustellen, als einen anderen langfristig aufzubauen“, so Sennett. Diese „Ahnungslosigkeit“ korrumpiere den Charakter: „Sie spüren, das Sie nichts Handfestes in sich haben. Sie fühlen sich unbeständig, unruhig, unsicher.“

<http://neu.igmetall-wap.de/node/2727>

**Lehrerinnen
und Lehrer
wachsen nicht
auf Bäumen.**

**Das ist doch klar,
oder?
ALLEN, aber wohl nicht
der Niedersächsischen
Landesregierung!**

Weiterbilden • Ausbilden • Prüfen

Willkommen bei WAP, dem Bildungs-Portal für Mitglieder der IG Metall



Eine neue Währung für Osnabrück!?



“Geld wird in der Standardökonomie seit über 200 Jahren als “neutrale Größe” hinsichtlich seiner Wirkungen auf die Realwirtschaft betrachtet. Diese weithin unhinterfragte Grundannahme verhindert den Blick auf die systemische Ursache der globalen Finanzkrise: Im derzeitigen Geldsystem wachsen die Vermögen systematisch schneller als das reale Bruttoinlandprodukt - BIP (in D z.B. ist das BIP von 1950 bis 2000 um das 7-fache gewachsen, die Geldvermögen sind im gleichen Zeitraum um das 32-fache gewachsen). Der Grund liegt darin, dass die Zinsraten, mit denen die Geldvermögen wachsen, seit langem über den sinkenden realwirtschaftlichen Wachstumsraten liegen und wegen der im Zins enthaltenen “Liquiditätsprämie” nicht marktgerecht fallen können, ohne dass Geld in kurzfristiger Form gehortet wird (die sog. “Liquiditätsfalle”). Das exponentielle Überwachstum der Geldvermögen führt systematisch zum Entstehen spekulativer Blasen, die in regelmäßigen Abständen platzen müssen - mit entsprechenden Folgen für die Realwirtschaft.”

Der **friedens thaler** möchte bei der Lösung des Problems helfen, in dem er sich regional als zinsloses „Geld“ ausschließlich der Realwirtschaft zur Verfügung stellt.

Der **friedens thaler** ist reines Kaufgeld. Er kann nicht gehortet werden. Er versteht sich als Parallelwährung. Er will nicht den Euro ablösen.”

www.friedens thaler.de